



## Sitzung des Gemeinderates

am Montag, 29. November 2021

### Beratungs- und Beschlussvorlage:

**TOP: 8. - öffentlich**

**Drucksachen-Nr. GR-2021-ö-063**

**Antrag der SPD-Fraktion zur Verabschiedung einer Resolution wegen wiederholter Sperrungen des Felderhaldetunnels (B12)**

#### Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die in der Vorlage dargelegte Version der Resolution und beauftragt die Verwaltung mit der Weiterleitung an das Regierungspräsidium Tübingen und das Landratsamt Ravensburg.

#### Finanzierung:

Planansatz:

- Keine überplanmäßigen Mittel notwendig.  
 Überplanmäßige Mittel in Höhe von € notwendig!

#### Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion hat in der Sitzung des Gemeinderates am 8. November 2021 einen Antrag zur Verabschiedung einer Resolution wegen wiederholter Sperrungen des Felderhaldetunnel (B 12) eingereicht. Der Antrag ist als Anlage beigelegt.

Der Felderhaldetunnel wurde im Jahr 2009 in Betrieb genommen. Auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln aus dem Jahr 2006 wurde der Feldehaldetunnel mit modernsten und umfangreichen Sicherheitsausstattungen ausgerüstet.

Aufgrund der Ausstattung muss eine regelmäßige Wartung des Tunnels in den zwei Kernbereichen „Betriebs- und Sicherheitsausstattung“ sowie „Bauwerk“ vorgenommen werden. Diese verkehrssicherungspflichtigen Unterhaltungsmaßnahmen finden bei einer umfangreichen halbjährigen Wartung (2-3 Tage) sowie einer kleineren vierteljährlichen Wartung (1 – 2 Tage) statt. Hinzu kommen noch Proben der Feuerwehr und straßenbauliche Maßnahmen rund um den Tunnel. Laut Mitteilung des Landratsamtes, das im Auftrag des Regierungspräsidiums Tübingen zuständig ist, werden die notwendigen Maßnahmen soweit als möglich zeitgleich angesetzt. Dies sei allerdings nicht immer möglich.

Die Verwaltung schlägt vor, die Resolution wie folgt zu fassen:

Der Gemeinderat der Stadt Isny im Allgäu kritisiert die ständigen Sperrungen des Felderhaldetunnels im Bereich der Ortsumfahrung (B12) und bemängelt, dass die Maßnahmen nicht besser aufeinander abgestimmt werden. Zuletzt wurden zwei zeitaufwändige Maßnahmen dicht hintereinander ausgeführt, die zu einer Tunnelsperrung von insgesamt rund vier Wochen führten. Beide Baumaßnahmen wären bei besserer Koordination problemlos zeitgleich durchzuführen gewesen, so dass die Sperrzeit auf maximal 14 Tage hätte reduziert werden können.

Der Gemeinderat der Stadt Isny im Allgäu ruft das Regierungspräsidium Tübingen und das Landratsamt Ravensburg nachdrücklich dazu auf, mehr Rücksicht auf die Isnyer Bevölkerung und insbesondere auf die direkt betroffenen Anlieger der Umleitungsstraßen zu nehmen. Es wird deshalb gefordert, künftig sämtliche Wartungs-, Unterhaltungs- und Sanierungsarbeiten so aufeinander abzustimmen, dass Sperren des Felderhaldetunnel (B 12) auf das absolut notwendige Maß begrenzt bleiben. Weiterhin wird eine Prüfung verlangt, ob die Intervalle zwischen den regelmäßigen Revisionsarbeiten verlängert werden können. Ziel sollte es sein, die wegen Revisionsarbeiten notwendigen Tunnelsperrungen auf zwei, maximal drei Zeitfenster pro Jahr zu reduzieren.

Isny im Allgäu, 22.11.2021

Frank Reubold

Anlage:

- Antrag der SPD-Fraktion vom 8.11.2021

Resolution zur wiederholten Tunnelsperrung

Der Gemeinderat der Stadt Isny im Allgäu ist empört über die mangelnde Abstimmung des Staatlichen Straßenbauamtes bezüglich der Tunnelsperrungen der B 12 -Südumfahrung Isny wie aktuell erlebt.

Wir fordern das Regierungspräsidium Tübingen auf, zukünftig mehr Rücksicht auf die Isnyer Bevölkerung und insbesondere auf die Anlieger der Umleitungsstrassen zu nehmen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass unmittelbar aufeinander folgend zwei Baumaßnahmen im Tunnel und hinter dem Tunnel Richtung Schweinebach stattfinden, die ohne Probleme auch gleichzeitig, dh ohne doppelte Sperrungszeit hätten durchgeführt werden können.

Darüber hinaus können wir nicht nachvollziehen, dass der Felderhalde-Tunnel vierteljährlich für sog. Revisionsarbeiten geschlossen wird und damit die Anlieger belastet werden.

Das ist unserer Kenntnis nach landesweit so nirgendwo üblich und technisch zu hinterfragen.

Für die SPD-Fraktion

gez. Edwin Stöckle

Peter Clément

